

Polizeigewerkschaft fordert mehr Geld vom Land

Vertreter sehen Defizite bei Ausrüstung, Personal und in Dienststellen - **Schädlingsbefall in Wolfsburg**

VON CHRISTIAN OPEL

Wolfsburg. Mehr als 50 Jahre alt ist das Gebäude der Polizeiinspektion Wolfsburg-Helmstedt, die Substanz ist marode. Jetzt musste sogar der Kammerjäger anrücken. „Der Zustand ist mittlerweile katastrophal“, sagt Sebastian Scherbinski vom Direktionsverband Braunschweig der Deutschen Polizeigewerkschaft. Und in anderen Dienststellen sieht es nicht viel besser aus. Die Gewerkschaft fordert von der niedersächsischen Landesregierung mehr finanzielle Mittel im Haushalt 2025 für Ausrüstung, Personal und Sanierungen. „Ohne eine substanzielle Finanzierung einer modernen Ausrüstung und vor allem von mehr Personal wird die Polizei langfristig ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können“, so Landesvorsitzender Patrick Seegers.

Neben einer Stärkung des Verfassungsschutzes pocht die Gewerkschaft auf eine Digitalisierungs-Offensive mithilfe künstlicher Intelligenz und mehr IT-Experten: „Die Polizei erstickt in Datenmengen“, heißt es. Die Polizeibehörden bräuchten außerdem höhere Zuschüsse für Einsatzmittel wie Elektroschocker. Der Schlagstock sei zur Abwehr von Angriffen mit Messern unbrauchbar, erklärt Scherbinski. „Das nächsthöhere Mittel ist schon die Schusswaffe.“ Der Taser solle die Lücke füllen und Angreifer ohne schwerwiegende Verletzungen außer Gefecht setzen.

Dienststellen in „katastrophalen Zustand“

Zudem fordert die Gewerkschaft, marode Gebäude zu mo-



In die Jahre gekommen: Das 1971 errichtete Gebäude der Polizeiinspektion Wolfsburg-Helmstedt ist marode. FOTO: ROLAND HERMSTEIN

dernisieren.

Am schlimmsten steht es um das Polizeigebäude in **Peine**, welches in Kürze saniert werden soll. Die Ordnungshüter sind in ein Ersatzgebäude im Unternehmenspark umgezogen. „Dieses entspricht allen Sicherheitsstandards. Mit der aktuellen Situation sind die Kollegen zufrieden“, sagt Sebastian Scherbinski. Auch in **Gifhorn** habe sich etwas getan, dort sei das Gebäude für den Streifendienst komplett saniert worden. „Viel dramatischer sieht es in **Wolfsburg** aus“, sagt der Polizist.

„Mittlerweile musste ein kompletter Aufenthaltsraum des Einsatz- und Streifendienstes geräumt werden – weil es dort einen Befall mit Mäusen und Kakerlaken gab“, so Scherbinski. Die Polizeidirektion in Braun-

schweig bestätigt einen „Schädlingsbefall“ im August und September dieses Jahres, woraufhin eine professionelle Schädlingsbekämpfung durchgeführt worden sei. „Langfristig kann das nur durch bauliche Maßnahmen behoben werden“, fordert Scherbinski. Einer groben Kostenschätzung des niedersächsischen Finanzministeriums zufolge liegt der dringliche Sanierungsbedarf in der Polizeiinspektion Wolfsburg-Helmstedt bei rund 435.000 Euro. Zunächst steht der Umbau der Wache am Eingang an. Der Wartebereich soll aus Sicherheitsgründen vom Rest des Gebäudes abgetrennt werden.

Auch die Polizeidirektion Braunschweig sieht für das Dienstgebäude in Wolfsburg Sanierungsbedarf, ebenso beim

Kommissariat Wittingen im Bereich der Polizeiinspektion Gifhorn. „In der Polizeidirektion Braunschweig gibt es jedoch Liegenschaften mit zumindest höherem Finanzbedarf für Sanierungen“, teilte Sprecherin Aleksandra Rudnik mit. Ganz oben auf der Liste steht nach dem „Worst-first-Prinzip“ das Kommissariat in Peine. Auffällige Fenster – eines fiel sogar auf den Schreibtisch einer Polizistin –, verstopfte Abwasserrohre und ein nicht nutzbarer Schießstand sind nur einige Probleme. Das Land will das Gebäude mit 16 Millionen Euro aus einem Sondervermögen ab 2025 grundsanieren lassen. „Die Sanierungsmaßnahmen werden voraussichtlich bis zum Jahresende 2027 andauern“, sagt Rudnik.

Zur Forderung der Gewerk-

schaft nach mehr IT-Personal heißt es aus der Polizeidirektion in Braunschweig: „Ein unmittelbarer Bedarf ist derzeit nicht vorhanden“, so Sprecherin Rudnik. Aber: „Aufgrund der Entwicklungen insbesondere im Bereich der Cyberkriminalität ist ein zukünftiger Mehrbedarf nicht auszuschließen.“ Was die Ausrüstung anbelange, werde das Portfolio „im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel“ kontinuierlich verbessert. „Derzeit sind die Polizeikräfte der Polizeidirektion Braunschweig sowie der nachgeordneten Polizeiinspektionen mit den notwendigen Einsatz- und Führungsmitteln ausgestattet“, erklärt Rudnik.

Sanierungsbedarf liegt bei 353 Millionen Euro

Viele Polizeigebäude im Land sind baufällig. Niedersachsens Innenministerin Daniela Behrens (SPD) hatte im Sommer eingeräumt, dass in der Vergangenheit zu wenig in die Gebäudesubstanz investiert worden sei. Die Kosten für die erforderlichen Sanierungen lagen laut des Finanzministeriums in Hannover Ende 2023 bei rund 353 Millionen Euro. Nun soll der Sanierungstau schrittweise abgebaut werden. Im Haushalt für 2024 hat die Landesregierung 80 Millionen Euro für alle landeseigenen Gebäude veranschlagt. Hinzu kommen die 16 Millionen Euro aus dem Sondervermögen für das Polizeikommissariat in Peine. Im Haushaltsentwurf für 2025 ist eine Erhöhung des Budgets auf 120 Millionen Euro vorgesehen.

SPD nominiert Benjamin Stern für den Bundestag

Wolfsburger arbeitet seit vielen Jahren beim Volkswagen-Konzern

VON THOMAS KRÖGER

Wolfsburg. Die SPD im Wahlkreis 51 (Wolfsburg, Helmstedt, Boldecker Land und Brome) hat Benjamin Stern einstimmig als ihren Kandidaten für die kommende Bundestagswahl im September 2025 nominiert. Stern, der seit vielen Jahren beim Volkswagen-Konzern arbeitet, verbindet seine berufliche Erfahrung im Automobilsektor mit seinem politischen Engagement. „Mit seiner tiefen Verwurzelung in der Region und einem klaren Blick auf die Herausforderungen des Automobilstandorts Wolfsburg und der Region“ soll er laut der Sozial-



Benjamin Stern wurde von der SPD nominiert. FOTO: PRIVAT

demokraten die aktuellen Interessen im Bundestag vertreten.

In einer Zeit, in der Volkswagen und die gesamte Automo-

bilbranche mit erheblichen Umbrüchen durch den Wandel zur Elektromobilität und den Folgen der Digitalisierung konfrontiert seien, sehe sich Benjamin Stern in der Verantwortung, auch auf politischer Ebene für stabile Arbeitsplätze und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung einzutreten. Dabei beziehe er ebenfalls die Handelsunternehmen und Handwerksbetriebe der Region mit ein, die ein bedeutender Teil eines zukunftsfähigen Wirtschaftsstandorts sind.

Stimmen aus der Partei

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil sagt zur Nominierung: „Stern

hat sich immer für die Rechte der Arbeitnehmer starkgemacht und steht für unsere Werte: Solidarität, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit. Das macht ihn zu einem starken Kandidaten für den Bundestag.“ Falko Mohrs, Minister für Wissenschaft und Kultur in Niedersachsen und früherer Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 51, erklärt: „Wir kennen Benjamin Stern als jemanden, der zuhört und konkrete Lösungen bietet. Ich bin sicher, dass er unsere Stimme in Berlin kraftvoll vertreten wird.“ Susanne Brusch, Unterbezirks-Vorsitzende der SPD Wolfsburg, betont: „Benjamin Stern bringt nicht nur politisches Know-how, sondern auch

fundierte Kenntnisse aus seiner Arbeit bei Volkswagen mit. Gerade in Zeiten des Umbruchs in der Automobilbranche brauchen wir jemanden, der versteht, was auf dem Spiel steht und wie wir den Wandel gestalten können.“ Und Philipp Raulfs, Mitglied des niedersächsischen Landtags für den Wahlkreis Gifhorn-Süd, ergänzt: „Benjamin Stern ist aufgrund seiner Erfahrung bei Volkswagen und in der betrieblichen Mitbestimmung genau der Richtige für diese bewegten Zeiten. Mit ihm als Abgeordneten in Berlin werden wir eine starke Stimme für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Region haben.“